

**Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne**

Montag (Nachmittag), 4. März 2019 / Lundi après-midi, 4 mars 2019

Grosser Rat / Grand Conseil

1 2018.RRGR.358 Motion 103-2018 SP-JUSO-PSA (Striffeler-Mürset, Münsingen)
Teilrevision des Parlamentsrechts

1 2018.RRGR.358 Motion 103-2018 PS-JS-PSA (Striffeler-Mürset, Münsingen)
Révision partielle du droit parlementaire

Präsident. (*Der Präsident läutet die Glocke. / Le président agite sa cloche.*) Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich begrüsse Sie zur Frühlingssession 2019. Es ist relativ viel Zeit vergangen, seit wir uns das letzte Mal gesehen haben. Wir hatten besinnliche Zeiten. Im Rahmen des Grossratspräsidiums erlebte ich aber auch emotionale Zeiten, sei es in Adelboden, am Lauberhorn-Rennen, sei es nicht zuletzt, als vor zehn Tagen hier der Unihockey-Cup-Final stattfand, wovon einige von Ihnen betroffen waren. Die Langnauer Tigers konnten dort gewinnen. Ich kann Ihnen sagen: Dies war ein Nervenkitzel bis zum Schluss. In dieser Zeit holte uns aber auch ein Ereignis ein, das uns die Augen geöffnet und gezeigt hat, dass alles, was wir hier drinnen tun, sehr relativ werden kann. Am ersten Tag der Adelbodner Skitage kam die Nachricht, dass sechs junge Männer in Schweden ihr Leben verloren hatten. Die Zeit stand nicht still; die Region, die Gemeinde, die ganze Schweiz zeigten grosse Anteilnahme. Heute möchte ich den Angehörigen nochmals unser aufrichtig empfundenes Beileid aussprechen. Dies zeigt, dass solche Ereignisse auch ein wenig prägen können. Doch die Zeit lief weiter.

Anfang Februar trafen wir uns zu unserem eigenen Skirennen und Skitag. An dieser Stelle möchte ich dem Organisator, Kurt Zimmermann, und der Gemeinde Frutigen nochmals recht herzlich für die Organisation danken. Ich möchte es nicht unterlassen, für jene, die nicht dabei waren, kurz die Sieger pro Kategorie zu verlesen. Es sind dies bei den Damen I Madeleine Amstutz, bei den Damen II Annegret Hebeisen, bei den Herren I Lars Guggisberg, bei den Herren II Raphael Lanz und bei den Herren III Andreas Michel. Ich möchte diesen Rennfahrern recht herzlich zu ihrer Leistung gratulieren. Auch den Schneeschuhläufern und den Supportern möchte ich recht herzlich für ihr Dabeisein danken.

Dies ist bereits die letzte Session, während der ich hier vorne sitzen darf. Wenn man bloss noch vier Sessionen durchführt, ist das eine weniger. Es ist aber gut so. Ich hoffe, ich bringe diese auch noch über die Runden.

Ich möchte auch ein wenig nach vorne blicken. Am 22. März 2019 wird die Museumsnacht eröffnet. Das Rathaus und das Staatsarchiv bieten Ihnen einen Event, und ich bitte Sie, nach Möglichkeit auch daran teilzunehmen. Die Frühlingssession ist ziemlich befrachtet. Ich habe bereits anlässlich der Bürositzung bemerkt, dass man die Zeit zu Ende brauchen will. Im Zeitbudget, das Ihnen jetzt auch vorliegt, hatten wir nämlich stehen, dass wir am Mittwoch der zweiten Woche fertig werden könnten. Wenn ich die Flut an Ordnungsanträgen sehe, zweifle ich daran, dass wir vor Donnerstagabend fertig werden. Ob wir zügiger oder weniger zügig vorankommen, liegt nach wie vor an Ihren Voten und Ihrem Verhalten hier im Rat. Ich möchte es unterlassen, auf die einzelnen Traktanden einzugehen, sie liegen Ihnen vor; ich muss sie hier nicht erwähnen.

Zum Schluss habe ich ein Anliegen, das ich eigentlich an jeder Session an Sie richte: Die Übersetzerinnen und die Protokollführerinnen wären nach wie froh, wenn Sie ihnen Ihre abgeschriebenen beziehungsweise schriftlich vorbereiteten Statements zur Verfügung stellen würden. Dies, damit sowohl die Übersetzerinnen als auch die Protokollführerinnen über ein Handout verfügen, auf das sie sich stützen können. Es ist ganz klar: Es gilt nach wie vor das gesprochene Wort, und nichts anderes. Ich bitte Sie doch, wenn Sie solche vorbereiteten Texte haben, diese so weiterzuleiten. Was die Motionen und Vorstösse anbelangt: Wenn Sie wissen, dass Sie sie zurückziehen wollen, melden Sie das dem Guichet doch zeitnah. So können wir das Zeitbudget laufend anpassen. Ich danke Ihnen für das Verständnis und erkläre mit diesen Worten die Frühlingssession für eröffnet.

Ordnungsanträge / Motions d'ordre

Antrag EDU (Schwarz, Adelboden)

Geschäft 2016.STA.25266: Antrag auf reduzierte Debatte

Proposition UDF (Schwarz, Adelboden)

Affaire 2016.STA.25266 : Demande de débat réduit

Präsident. Wir kommen zu den Ordnungsanträgen. Wir haben, wie immer, eine grosse Anzahl von diesen. Wir gehen, wie immer, gemäss der Reihenfolge der Traktanden vor. Ich gebe den Ordnungsantragstellern kurz das Wort zur Begründung. Damit es klar ist: Es findet keine materielle Diskussion zum Thema statt. Die Fraktionen können sich zu den Ordnungsanträgen äussern, dahingehend, ob diese gut oder nicht gut sind. Wir diskutieren aber nicht materiell über die Themen. Zuerst gebe ich zum Ordnungsantrag betreffend die Regierungsrichtlinien Grossrat Schwarz für die EDU das Wort. – Moment! *(Der Präsident stellt ein Problem mit der Mikrofonanlage fest, welches rasch behoben wird.)* Wir loggen Herrn Schwarz nochmals ein. Es ist immer so, dass es am Anfang hier vorne ein Durcheinander gibt. Herr Schwarz, Sie haben das Wort.

Jakob Schwarz, Adelboden (EDU). Ich bin mir bewusst, dass die EDU-Fraktion hier etwas eher Ungewöhnliches beantragt, nämlich, die Debattenart von einer freien auf eine reduzierte Debatte zu beschränken. Es kommt eher selten vor, dass Politiker weniger reden möchten als vorgeschlagen. Mit diesem Antrag möchten wir aber unseren Unmut zum Ausdruck bringen über die zig Planungserklärungen, die eingereicht wurden und die viel zu stark ins Detail gehen. Es scheint uns, als sollten die vom Regierungsrat erarbeiteten Richtlinien, die eine relativ hohe Flughöhe aufweisen, vom Grossen Rat in eine Arbeitsanleitung des Grossen Rats an den Regierungsrat umfunktioniert werden. Ich erinnere Sie daran, dass diese Richtlinien die übergeordneten Ziele und Strategien der Politik des Regierungsrates darstellen sowie eine Vision beinhalten, die laufend weiterentwickelt, konkretisiert und allenfalls auch wieder verworfen werden. Und um dieses Papier des Regierungsrats zur Kenntnis zu nehmen und ein paar durchaus berechnete Bemerkungen anzubringen, erachten wir eine reduzierte Debatte als genügend. Zudem können wir mehrere Zehntausend Franken einsparen, wenn die Session nicht unnötig um einen halben Tag oder mehr verlängert wird. Wir möchten die Antragsteller auch dazu aufrufen, nochmals zu überprüfen, ob ihre – durchaus berechtigten – Anliegen hier wirklich an der richtigen Stelle deponiert sind. Wir bitten um Zustimmung zu diesem Ordnungsantrag.

Präsident. Für die FDP-Fraktion: Grossrat Haas.

Adrian Haas, Bern (FDP). Auch wir möchten diesem Antrag zustimmen. Wenn man sich all diese Planungserklärungen anschaut, muss man sagen, man befindet sich ein wenig im falschen Film. Es sind Regierungsrichtlinien. Es ist das Papier der Regierung. Das nehmen wir zusammen mit den Planungserklärungen der vorberatenden Kommission zur Kenntnis. Aber es macht einfach keinen Sinn, zusätzlich eine solche Menge an Erklärungen zu verabschieden, mit denen jeder noch sein Parteiprogramm hinein schreibt. Das macht keinen Sinn. Ich kann jetzt schon ankündigen: Wir werden den Planungserklärungen der BaK zustimmen und alles andere, ohne zum Inhalt Stellung zu nehmen, ablehnen. Es gibt gute und schlechte Sachen, aber hier ist nicht der Ort, um den Fächer über die ganze kantonale Politik zu öffnen. Danke.

Präsident. Für die SAK: Grossrat Jost.

Marc Jost, Thun (EVP), Kommissionspräsident der SAK. Ich äussere mich kurz aus Sicht der SAK zu diesem Ordnungsantrag. Ich kann den Reflex verstehen, den dieser Ordnungsantrag ausgelöst hat. Auch für uns als zuständige Kommission war es schwierig, mit der Situation, die wir sozusagen vor dem Wochenende angetroffen hatten, umzugehen. Wir hatten heute Morgen keine Zeit und haben uns auch nicht die Zeit genommen, um auf alle neuen Planungserklärungen sachlich einzugehen. Das wäre für uns schlicht nicht auf seriöse Weise möglich gewesen. Als Kommission beschränkten wir uns auch auf Planungserklärungen, die aus unserer Sicht stufengerecht sind, übergeordnete Ziele und Schwerpunkte betreffen, aber ohne auf einzelne Massnahmen so detailliert einzugehen, wie es jetzt daher kommen. Ich kann den Reflex, wie gesagt, verstehen. Aber: Es geht

um Regierungsrichtlinien. Ich bin der Meinung, gerade das Parlament müsse über die Zeit verfügen, um seriös über diese Regierungsrichtlinien zu sprechen. Deshalb halte ich die kurze Zeit, die bei einer reduzierten Debatte zur Verfügung stünde, nicht angemessen für ein solches Geschäft. Deshalb beantrage ich Ihnen, bei der freien Debatte zu bleiben. Ich werde später mehr dazu sagen, wie wir als Kommission zu dieser Vielfalt von Planungserklärungen stehen und welchen Umgang damit wir Ihnen empfehlen.

Präsident. Ich bitte Sie wirklich, sich zum Ordnungsantrag und nicht materiell zu äussern. Für die grüne Fraktion: Grossrat Grupp.

Christoph Grupp, Biel/Bienne (Grüne). Aus Sicht der Grünen ist es natürlich auch so, dass wir ein gewisses Verständnis haben. Die grosse Anzahl an Ordnungsanträgen, Planungserklärungen wird es nicht einfacher machen. Trotzdem möchten wir der Argumentation des Kommissionspräsidenten folgen und beliebt machen, dass wir beim wichtigen Geschäft der Regierungsrichtlinien dem Umstand Rechnung tragen, dass dieses in der Kommission und, wie ich glaube, auch in allen Fraktionen ausführlich debattiert wurde. Deshalb möchten wir, dass man eine freie Debatte führt und uns nicht vorzeitig beschneidet. Aber wir werden uns deshalb bei der Debatte all dieser Planungserklärungen auch bemühen, kurz und knackig zu bleiben.

Madeleine Amstutz, Schwanden Sigriswil (SVP). Wir müssen schauen, dass wir auf Flughöhe bleiben: Es sind die Richtlinien der Regierungspolitik. Klar, man kann hier alles reinnehmen und über alles diskutieren. Aber es geht um einen Bericht, den wir hier zur Kenntnis nehmen. Deshalb mache ich beliebt, dass wir eine reduzierte Debatte führen und den Antrag von Jakob Schwarz unterstützen.

Präsident. Für die SP-JUSO-PSA-Fraktion: Grossrat Gullotti.

Hervé Gullotti, Tramelan (PS). Pour le groupe socialiste, nous allons suivre les recommandations du président de la CIRE, c'est-à-dire que nous ne voulons nous prononcer que sur les déclarations de planification déposées de la part de la CIRE.

Präsident. Wir kommen zur Abstimmung. Wer den Ordnungsantrag zum Traktandum 9 auf reduzierte Debatte annehmen will, stimmt Ja, wer dies ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Geschäft 2016.STA.25266; Antrag EDU [Schwarz, Adelboden])
Vote (Affaire 2016.STA.25266 ; proposition EDU [Schwarz, Adelboden])

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 93

Nein / Non 59

Enthalten / Abstentions 2

Präsident. Sie haben dem Antrag auf reduzierte Debatte zugestimmt, mit 93 Ja- gegen 59 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

Antrag de Meuron, Thun (Grüne) / Schnegg, Lyss (EVP) / Marti, Bern (SP)

Geschäft 2018.RRGR.399: Verschiebung von Traktandum 44 in die Junisession 2019, damit die Ergebnisse der Abstimmung vom 19. Mai 2019 zum Volksvorschlag «wirksame Sozialhilfe» bekannt sind.

Proposition de Meuron, Thoune (Les Verts) / Schnegg, Lyss (PEV) / Marti, Berne (PS)

Affaire 2018.RRGR.399 : Reporter le point 44 de l'ordre du jour à la session de juin 2019 afin de disposer des résultats de la votation du 19 mai 2019 sur le projet populaire « Pour une aide sociale efficace ».

Präsident. Wir kommen zum nächsten Ordnungsantrag, einem Antrag zum Traktandum 44. Ich gebe Grossrätin de Meuron das Wort für eine Begründung. – Könnte jemand Frau de Meuron für die Rednerliste anmelden? – Danke. Frau de Meuron, Sie haben das Wort.

Andrea de Meuron, Thun (Grüne). Vielen Dank. Es ist, auch im Namen der Mitmotionärinnen, aufgeführt, weshalb wir die Verschiebung beantragen. Am 19. Mai findet eine Volksabstimmung über den Volksvorschlag «Wirksame Sozialhilfe» statt. Das Ergebnis dieser Abstimmung dürfte doch für eine Meinungsbildung zu dieser Motion (*M 136-2018*) massgeblich sein. Diese betrifft einkommensschwache Familien, und mit Ergänzungsleistungen möchte man dafür sorgen, dass diese keine Sozialhilfe beziehen müssen. Deshalb ist uns wichtig, dass man die Ausgangslage kennt, und dann die Debatte darüber führen kann. Ich danke für die Unterstützung für die Verschiebung auf die nächste Session.

Präsident. Wir kommen zur Abstimmung dieses Ordnungsantrags. Wer diesem Ordnungsantrag auf Verschiebung zustimmen will, stimmt Ja, wer dies ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Geschäft 2018.RRGR.399; Antrag de Meuron, Thun [Grüne] / Schnegg, Lyss [EVP] / Marti, Bern [SP])
Vote (Affaire 2018.RRGR.399 ; proposition de Meuron, Thoune [Les Verts] / Schnegg, Lyss [PEV] / Marti, Berne [PS])

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui	148
Nein / Non	1
Enthalten / Abstentions	0

Präsident. Sie haben diesem Ordnungsantrag zugestimmt, mit 148 Ja-Stimmen bei 1 Nein-Stimme und 0 Enthaltungen.

Antrag Grimm, Burgdorf (glp)

Geschäfte 2018.RRGR.368 und 2018.RRGR.339: Gemeinsame Beratung der Motionen 111-2018 Wildhaber (SP) und 094-2018 Gasser (PSA)

Proposition Grimm, Berthoud (pvl)

Affaires 2018.RRGR.368 et 2018.RRGR.339 : Délibération groupée des motions 111-2018 Wildhaber (PS) et 094-2018 Gasser (PSA)

Präsident. Wir kommen zum Ordnungsantrag betreffend Traktanden 51 und 52. Für die Begründung gebe ich Grossrat Grimm, glp, das Wort. – Er winkt ab. Er kann sich anmelden und eine kurze Begründung abgeben. Grossrat Grimm, Sie haben das Wort.

Christoph Grimm, Burgdorf (glp). Eigentlich gibt es hier gar nichts zu sagen. Es sind einfach zwei Vorstösse, die genau in dieselbe Richtung gehen. Unsere Meinung ist, dass man diese zusammen berät. Das war's auch schon. Vielen Dank!

Präsident. Wir kommen zur Abstimmung. Wer diesem Ordnungsantrag zustimmen will, stimmt Ja, wer diesen ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Geschäfte 2018.RRGR.368 und 2018.RRGR.339; Antrag Grimm, Burgdorf [glp])
Vote (Affaires 2018.RRGR.368 et 2018.RRGR.339 ; proposition Grimm, Berthoud [pvl])

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui	153
Nein / Non	0
Enthalten / Abstentions	1

Präsident. Sie haben diesem Ordnungsantrag zugestimmt, mit 153 Ja- bei 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung.

Proposition Gasser, Bévillard (PSA)

Affaires 2018.RRGR.708 et 2018.RRGR.725 : Inverser les affaires 65 et 64.

Antrag Gasser, Bévillard (PSA)

Geschäfte 2018.RRGR.708 und 2018.RRGR.725: Geschäfte 65 und 64 tauschen.

Präsident. Wir kommen zum Ordnungsantrag zu den Traktanden 64 und 65. Ich gebe dem Antragsteller, Grossrat Gasser, das Wort.

Peter Gasser, Bévillard (PSA). Cela ira vite. Il semble évident que si l'on inverse les deux sujets, comme on décide d'abord est-ce que l'on va faire le centre de retour ou pas, si cette proposition est acceptée, la deuxième motion n'a plus lieu d'être. Donc je vous recommande d'accepter ce petit changement tout à fait logique. Merci.

Präsident. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Ordnungsantrag auf Tausch dieser zwei Geschäfte zustimmen will, stimmt Ja, wer dies ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Geschäfte 2018.RRGR.708 und 2018.RRGR.725; Antrag Gasser, Bévillard [PSA])

Vote (Affaires 2018.RRGR.708 et 2018.RRGR.725 ; proposition Gasser, Bévillard [PSA])

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 102

Nein / Non 47

Enthalten / Abstentions 4

Präsident. Sie haben diesem Ordnungsantrag zugestimmt, mit 102 Ja- bei 47 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen.

Antrag FDP (Haas, Bern)

Geschäft 2018.RRGR.534: Im Falle einer punktweisen Abstimmung ist über Punkt 4 als Erstes abzustimmen.

Proposition (Haas, Berne)

Affaire 2018.RRGR.534 : En cas de vote point par point, commencer par le point 4.

Präsident. Wir kommen zum Ordnungsantrag zum Traktandum 68. Dazu gebe ich dem Antragsteller, Grossrat Haas, das Wort. Bitte melden Sie sich noch an. Entschuldigung, ich habe ihn gleich wieder von der Rednerliste gelöscht. Könnte ihn jemand erneut anmelden? Herr Haas, Sie haben das Wort.

Adrian Haas, Bern (FDP). Es geht um die Motion betreffend Motorfahrzeugsteuer. Diese hat vier Punkte. Mit dem ersten Punkt möchte man mittels Motion den Grundsatz verankern – das Gesetz würde ja noch folgen –, die Motorfahrzeugsteuer etwa auf das schweizerische Mittel anzuheben, mit der «Quasi-Ökotaxe». Dann käme das Korrelat dazu, Punkt 4, wo man sagt, man wolle den Betrag, den man im kantonalen Budget quasi freischaufelt, letztlich im Rahmen der Revision 2021 des Steuergesetzes (StG) zur entsprechenden Senkung der Einkommenssteuer bei natürlichen Personen verwenden. Für uns ist sehr relevant, dass wir alle diese Punkte haben, wenn wir zustimmen. Wir sind nicht bereit, die Steuern quasi auf Vorrat zu erhöhen, wenn dann niemand etwas davon hat. Deshalb ist es für uns sehr wichtig, dass wir über Punkt 4, Steuersenkung bei natürlichen Personen, zuerst abstimmen. Dann sind wir auch bereit, nachher beim jetzigen Punkt 1 einer entsprechenden Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer auf das schweizerische Mittel zuzustimmen, inklusive aller Auflagen, die in den weiteren Punkten dieser Motion formuliert sind. Vielen Dank.

Präsident. Für die glp-Fraktion: Grossrat Trüssel.

Daniel Trüssel, Trimstein (glp). Ich bin der Meinung, dass wir das Fell des Bären erst verteilen können, wenn wir ihn erlegt haben. Für mich ist es in sich schlüssig, dass wir zuerst schauen, ob wir eine Verlagerung des Steuersubstrats hinkriegen. Und wenn wir sehen, dass das geht, geben wir es auch den natürlichen Personen weiter. Ich bitte Sie, diesen Antrag abzulehnen.

Präsident. Wir kommen zur Abstimmung. Wer diesem Ordnungsantrag zustimmen will, stimmt Ja, wer diesen ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Geschäft 2018.RRGR.534; Antrag FDP [Haas, Bern])

Vote (Affaire 2018.RRGR.534 ; proposition PLR [Haas, Berne])

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui 71

Nein / Non 82

Enthalten / Abstentions 0

Präsident. Sie haben diesen Ordnungsantrag abgelehnt, mit 82 Nein- gegen 71 Ja-Stimmen bei 0 Enthaltungen.

Antrag SP-JUSO-PSA (Striffeler-Mürset, Münsingen)

Geschäft 2019.RRGR.39: Wahl eines Grossratsmitglieds der SP-JUSO-PSA als Ersatzmitglied SiK

Proposition PS-JS-PSA (Striffeler-Mürset, Münsingen)

Affaire 2019.RRGR.39 : Election d'un membre suppléant PS-JS-PSA de la CSéc

Präsident. Der nächste Ordnungsantrag betrifft ein internes Geschäft, die Wahl eines Grossratsmitglieds als Ersatzmitglied der SiK. Diesen müssen wir nicht begründen.

Wer diesem Ordnungsantrag zustimmen will, stimmt Ja, wer diesen ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Geschäft 2019.RRGR.39; Antrag SP-JUSO-PSA [Striffeler-Mürset, Münsingen])

Vote (Affaire 2019.RRGR.39 ; proposition PS-JS-PSA [Striffeler-Mürset, Münsingen])

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 150

Nein / Non 0

Enthalten / Abstentions 0

Präsident. Sie haben diesem Ordnungsantrag zugestimmt, mit 150 Ja- bei 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen.

Antrag Vanoni, Zollikofen (Grüne) / Stampfli, Bern (SP) / Stocker, Biel/Bienne (glp) / Flück, Interlaken (FDP) / Aeschlimann, Burgdorf (EVP)

Geschäft 2019.RRGR.43: Aus aktuellem Anlass und aufgrund ausserordentlicher Umstände wird gestützt auf Artikel 59 Absatz 1 des Gesetzes über den Grossen Rat (GRG) eine «Erklärung des Grossen Rats» zur Klimapolitik ⁽¹⁾ ins Sessionsprogramm aufgenommen. Das zuständige Organ (Büro oder Präsidium) sorgt für die Traktandierung zu einem geeigneten Zeitpunkt, beispielsweise im Zusammenhang mit den Regierungsrichtlinien 2019–2022 oder in einer nächsten Sessionswoche.

⁽¹⁾ Ein Entwurf der vorgeschlagenen Erklärung ist mit separatem Antrag für einen entsprechenden Grossratsbeschluss eingereicht.

Proposition *Vanoni, Zollikofen (Les Verts) / Stampfli, Berne (PS) / Stocker, Biel/Bienne (pvl) / Flück, Interlaken (PLR) / Aeschlimann, Berthoud (PEV)*

Affaire 2019.RRGR.43 : En raison de l'actualité et de circonstances exceptionnelles, une « Déclaration du Grand Conseil sur la politique climatique »⁽¹⁾ est insérée dans le programme de la session en vertu de l'article 59, alinéa 1 de la loi sur le Grand Conseil (LGC). L'organe compétent (Bureau ou présidence) veille à ce que cette affaire soit traitée à un moment opportun, par exemple en lien avec le programme gouvernemental de législature de 2019 à 2022 ou durant la seconde semaine de session.

⁽¹⁾ Un projet d'arrêté du Grand Conseil a été déposé séparément.

Antrag BDP (Luginbühl-Bachmann, Krattigen)

Geschäft 2019.RRGR.43: Die «Erklärung des Grossen Rates zur Klimapolitik» der Grünen ist in die zuständige Sachbereichskommission BAK zu überweisen. Die BAK erarbeitet eine fundierte Erklärung zur Klimapolitik im Kt. Bern unter Einbezug aller Stellungnahmen der Fraktionen. Das Büro des Grossen Rates bestimmt den Zeitpunkt, in welcher Session das Geschäft traktandiert werden soll.»

Proposition PBD (Luginbühl-Bachmann, Krattigen)

Affaire 2019.RRGR.43 : Renvoi de la « Déclaration du Grand Conseil sur la politique climatique » des Verts à la commission spécialisée compétente CIAT. Cette dernière élabore une déclaration sur la politique climatique dans le canton de Berne étayée par toutes les prises de position des groupes. Le Bureau décide de la session durant laquelle cette affaire doit être inscrite à l'ordre du jour.

Präsident. Wir kommen zum Ordnungsantrag betreffend die «Erklärung des Grossen Rates zur Klimapolitik». Ich gebe Grossrat Vanoni das Wort. Hier geht es um den Ordnungsantrag und nicht um den Sachverhalt oder die inhaltliche Diskussion. Seien Sie so gut und sprechen Sie über die Ordnungsmässigkeit und nicht über das Andere. Herr Vanoni, Sie haben das Wort.

Bruno Vanoni, Zollikofen (Grüne). Worum geht es? – Ich bitte Sie, den Text dieses Ordnungsantrags von fünf Grossratsmitgliedern genau zu lesen. Es geht heute nicht um die Ausrufung des Klimanotstands, wie man im Vorfeld zum Teil lesen konnte. Heute geht es um die Traktandierung einer «Erklärung des Grossen Rates zur Klimapolitik». Darüber, wie diese Erklärung lauten wird, kann man zu gegebener Zeit diskutieren und dann auch beschliessen; zum Beispiel auch punktweise, sollte die Erklärung verschiedene Punkte aufweisen. Dieses Verfahren kann gleicher ablaufen wie seinerzeit im Juni 2017, als es zum ersten Mal eine Erklärung des Grossen Rates gab, eine Erklärung zur Standortkonzentration der Fachhochschulen. Damals nahm man mit dieser Erklärung die Sorgen der betroffenen Region um Burgdorf auf, die Sorgen und Ängste, dass Burgdorf als Bildungsstandort in Zukunft zu kurz kommen werde. Und genau um das Gleiche geht es auch jetzt. Es geht darum, Sorgen ernst zu nehmen, grosse Sorgen der jungen Generation, Sorgen, die auch von älteren Leuten geteilt werden: dass zu wenig gehandelt wird für den Klimaschutz.

Wegen der Verzögerung des CO₂-Gesetzes auf Bundesebene und wegen des Neins auf kantonaler Ebene zum Kantonalen Energiegesetz (KEng) sind wir nicht auf Kurs. Im Moment klafft eine Lücke in der Klimapolitik des Kantons Bern. Um diese Lücke geht es. Es geht darum, diese Lücke zu schliessen, und die Erklärung könnte ein Anfang sein.

Ich erlaube mir, noch kurz auf den mittlerweile eingetroffenen zweiten Ordnungsantrag der BDP einzugehen. Diesen müsste man in zwei kleinen Dingen korrigieren. Es handelt sich bei der Erklärung des Grossen Rates nicht, wie es heisst, um eine «Erklärung der Grünen», sondern um einen Entwurf für eine Erklärung des Grossen Rates. Es ist kein Entwurf der Grünen, sondern ein Entwurf, der von vier Grossratsmitgliedern, die den Ordnungsantrag eingereicht haben, unterstützt wird: Vanoni, Stampfli, Stocker und Aeschlimann. Mit dieser Präzisierung möchte ich einfach darauf hinweisen: Der zweite Antrag der BDP steht meines Erachtens nicht im Gegensatz zum ersten Ordnungsantrag, sondern ist eine Art Konkretisierung bezüglich des Vorgehens, wenn wir mit Zustimmung zum ersten Ordnungsantrag beschliessen, dass wir eine solche Erklärung wollen, dass diese irgendwann traktandiert wird. Über das Wann wird das Büro entscheiden müssen oder vielleicht auch das Grossratspräsidium. Wenn eine Traktandierung stattfindet, kann man mit dem zweiten Antrag festlegen, wie die Erklärung vorbereitet wird. Ich danke Ihnen deshalb im Voraus für die Zustimmung zum Ordnungsantrag von mir und den vier Miturhebern.

Präsident. Wir haben uns seitens des Präsidiums auch Gedanken zu den beiden Anträgen gemacht. Wir werden diese einander gegenüberstellen und beim obsiegenden Antrag abfragen, ob man diesen will – so, wie wir es auch sonst machen. Dies ist die Entscheidung, die wir seitens des Präsidiums getroffen haben. Ich gebe der Antragstellerin des zweiten Ordnungsantrags, Grossrätin Luginbühl, für die BDP das Wort.

Anita Luginbühl-Bachmann, Krattigen (BDP). Die BDP nimmt die Klimapolitik seit jeher ernst. Wir haben Ja gesagt zum Atomausstieg, wir haben Ja gesagt zur Energiestrategie des Kantons Bern, wir haben teilweise Ja gesagt zu «Bern erneuerbar» und haben Ja gesagt zum KEnG. Dies sind nur ein paar Beispiele, aufgrund derer unsere Haltung klar und deutlich ersichtlich ist. Aber unser Sessionsprogramm ist jetzt einfach überladen. Über das Wochenende gingen 27 zusätzliche Planungs-erklärungen ein. Selbst wenn wir eine reduzierte Debatte führen werden, steht uns ein Mammutprogramm bevor. Wir wollen doch hier drinnen seriös debattieren können. Hauruckübungen, die wie jetzt durch eine solche Länge dazugekommen sind, möchten wir eigentlich vermeiden.

Sicher haben wir auch bezüglich des Inhalts Differenzen. Hinter den Klimanotstand beziehungsweise hinter diese Nennung setzen wir ein kritisches Fragezeichen. Ein Notstand beschreibt ja eine gefährliche Situation, die durch rasches Handeln bereinigt werden sollte. Die gefährliche Situation ist für uns aktuell nicht ersichtlich. Aber beim Klimawandel wollen wir aktiv mithelfen und den eingeschlagenen Weg weitergehen, dort wo wir als kantonale Politiker überhaupt zuständig sind. Das CO₂-Gesetz ist leider im Bundeshaus angesiedelt, und diesbezüglich befindet sich der eine oder andere vielleicht schon ein wenig im Wahlmodus. Wir möchten differenziert helfen, diese Schritte zu gehen. Deshalb unser Kompromissantrag. Eigentlich möchten wir, dass dieses ganze Papier – hierin gebe ich Bruno Vanoni recht: es ist eben kein Entwurf mehr, aber wir haben es so vorbereitet –, das Papier, das überparteilich eingereicht wurde, als Grundlage in die BaK genommen wird. In der BaK befinden sich ja Vertretungen aus unseren Fraktionen. Alle Parteien – davon bin ich mittlerweile überzeugt –, die einen mehr, die anderen weniger, haben ihre Strategiepapiere. Diese sollen dort einfließen können, anstatt einfach etwas zu übernehmen, das von den vier Antragstellern als wichtig empfunden wird. Deshalb möchten wir Ihnen als Kompromiss unseren Antrag schmackhaft machen: Zurück in die BaK, diese soll sich darüber unterhalten. Es kann vielleicht sogar eine halbtägige Strategiesitzung sein. However, dass müssen Sie dann entscheiden. Danach soll es mit den Inputs der Grossratsfraktionen in den Grossen Rat kommen. Das Büro bestimmt dann, wann dies stattfinden soll. Ich wäre dankbar, wenn Sie unserem Antrag zustimmen könnten.

Präsident. Nochmals: Wenn der Präsident sagt «keine inhaltliche Diskussion», erwarte ich von den Ratsmitgliedern, dass man nicht beginnt, inhaltlich zu diskutieren. Anita Luginbühl hat gerade eben etwas viel Inhaltliches gebracht. Das ist, was ich lieber nicht möchte. Äussern Sie sich kurz zum Ordnungsantrag. Zum Ordnungsantrag gibt es ein Ja oder ein Nein, etwas anderes gibt es nicht. Über das Weshalb und Warum kann man dann diskutieren, wenn die Geschäfte traktandiert sind. Für die glp-Fraktion: Grossrat Stocker.

Julien Stocker, Biel/Bienne (glp). Für uns Grünliberale ist das ein ganz wichtiger Ordnungsantrag. Die aktuellen Ereignisse und die Klimastreiks zeigen, dass die Klimapolitik der Bevölkerung und insbesondere der Jugend ausserordentlich am Herzen liegt. Wenn Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, volksnah politisieren möchten, ist es unerlässlich, solche aktuellen Themen aufzugreifen. Deshalb fordere ich Sie dazu auf, diesem Ordnungsantrag unbedingt stattzugeben und eine Diskussion zuzulassen. Ich spreche hier insbesondere auch die BDP an, die in Zusammenhang mit einer dritten Juragewässerkorrektion Forderungen nach Subventionen für die Landwirtschaft in der neuen Gesetzgebung mit dem Klimawandel begründete. Sie kann sich jetzt nicht einer Klimadebatte entziehen.

Präsident. Wir kommen zur Abstimmung. Ich stelle die beiden Ordnungsanträge einander gegenüber. Sie müssen sehr gut zuhören, was ich nun sage. Wir wiederholen die Abstimmung nämlich nicht. Wer dem Ordnungsantrag Vanoni und Mitordnungsantragsteller die Stimme geben will, stimmt ... Also, es gibt dann keine Diskussion mehr. *(Kurze Unterbrechung. Grossrat Vanoni teilt dem Präsidenten mit, dass er seinen Ordnungsantrag zurückzieht. / Courte interruption. Le député Vanoni informe le président qu'il retire sa motion d'ordre.)* Gut, Grossrat Vanoni will seinen Antrag zurückziehen. Das ist möglich, er wird es gleich erklären.

Bruno Vanoni, Zollikofen (Grüne). Uns ist es wichtig, dass es eine «Erklärung des Grossen Rates zur Klimapolitik» gibt, dass das so schnell wie möglich aufs Tapet kommt, dass diese Erklärung Hand und Fuss hat, wie wir es uns gewohnt sind, wenn ein Geschäft aus der BaK kommt. Denn in der Regel haben diese Geschäfte Hand und Fuss. Deshalb sind wir bereit, im Sinne unseres Antrags, aber auch weil die BDP einen Weg aufgezeigt hat, wie man vielleicht zu einer noch besseren Erklärung kommen kann, unseren Antrag zugunsten des Antrags der BDP zurückzuziehen.

Präsident. Gibt es Wortmeldungen dazu? – Wenn nicht, stimmen wir über den Antrag BDP ab. Die «Erklärung des Grossen Rates zur Klimapolitik» wird irgendwann in den nächsten Sessionen traktandiert. Es ist immer Sache des Büros, darüber zu bestimmen. Wer dem Antrag zustimmen will, stimmt Ja, wer dies ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Geschäft 2019.RRGR.43; Antrag BDP [Luginbühl-Bachmann, Krattigen])
Vote (Affaire 2019.RRGR.43 ; proposition PBD [Luginbühl-Bachmann, Krattigen])

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil:

Annahme / Adoption

Ja / Oui 110

Nein / Non 39

Enthalten / Abstentions 5

Präsident. Sie haben diesem Ordnungsantrag so zugestimmt, mit 110 Ja- gegen 39 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen. Somit sind wir mit den Ordnungsanträgen durch.

Es wurden mir drei Geburtstage gemeldet, nämlich zum einen jener von Daniel Arn, zum anderen jener von Michael Köpfler und schliesslich der von Ruedi Löffel. Sie können heute Ihr Wiegenfest feiern. Schön, dass Sie trotzdem hier im Ratssaal anwesend sind! Ich wünsche Ihnen alles Gute für den weiteren Lebensweg. Herzliche Gratulation! (*Applaus / Applaudissements*)

Somit kommen wir zum Traktandum 1, der Motion SP-JUSO-PSA «Teilrevision des Parlamentsrechts». Das Büro hat diese Motion beantwortet. Für die Motionärin gebe ich Grossrat Näf das Wort.

Roland Näf, Bern (SP). Ich kann es kurz machen. Es geht um das Parlamentsrecht. Seinerzeit, als wir im Jahr 2014 das neue Parlamentsrecht einführten, sagten wir, wir würden dieses selbstverständlich nach ein paar Jahren evaluieren, um zu sehen, was sich bewährt hat und was wir besser machen können. Deshalb ist die SP-JUSO-PSA-Fraktion absolut einverstanden, dass man die Motion als Postulat behandelt und prüft, was ist gut, was ist weniger gut und was wollen wir ändern. Wenn wir uns das anschauen, sehen wir, dass wir einen Punkt haben, bei dem noch eine Differenz besteht. Wir von der SP haben den Eindruck, dass wir alles in diesen Topf nehmen, wenn wir etwas überprüfen. Wenn wir es hier schnell machen wollen, ohne grosse Voten, dann bitte ich Sie, dieses Postulat zu unterstützen – auch im Punkt in Bezug auf das Büro des Grossen Rats beziehungsweise in Bezug auf das Generalsekretariat des Grossen Rats. Ich denke, wenn man eine Evaluation macht, macht es keinen Sinn, einzelne Punkte auszunehmen. Ich bitte Sie also, das Postulat in allen Punkten zu unterstützen.

Präsident. Für das Büro gebe ich dem Vizepräsidenten, Grossrat Zaugg, das Wort.

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp), Vizepräsident, Sprecher des Büros des Grossen Rates. Das Büro hat diese Motion an zwei Sitzungen behandelt. Das neue Parlamentsrecht hat nun eine erste ganze Legislatur hinter sich. Wenn man sich umhört, ist die grosse Mehrheit mit den Neuerungen zufrieden. Es ist aber auch unbestritten, dass es Punkte gibt, die man noch anpassen müssen wird. Dies hat man bereits während der Erarbeitung der Revision so gehandhabt. Jene Dinge, die man noch nicht oder zu spät erhielt, wurden ins sogenannte «Katzenkistchen» gelegt, wie es intern hiess. Das ist eine Liste von Punkten, die man im Rahmen einer nächsten Teilrevision anpacken müssen wird. Eine Evaluation dieses doch recht jungen Gesetzes ist noch nicht genau terminiert. Wahrscheinlich wird man damit noch während dieser Legislatur beginnen. Der Termin hängt aber insbesondere mit dem Geschäft der Regierung zur Direktionsreform zusammen. Man wird dann alle Anliegen diskutieren können, welche die Motion in den Punkten 1, 2 und 4 fordert.

Punkt 3 ist eigentlich klar. Sowohl die Unterstellung als auch die Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortungen des Generalsekretärs und der Parlamentsdienste sind gesetzlich eigentlich klar geregelt. Dass das Aufsichtsgespräch derzeit durch den Präsidenten der GPK geführt wird, ist wohl nicht optimal. Das Präsidium hat deshalb bereits reagiert und hat in einem sogenannten Aide-mémoire, das im letzten Jahr entstanden ist, neu ein Mitarbeitergespräch mit der Generalsekretärin oder dem Generalsekretär durch das ganze Präsidium eingeführt. Daraus ergibt sich eine Kontinuität, weil die einzelnen Personen drei Jahre lang dabei sind. Das Präsidium ist sicher auch dasjenige Gremium, welches am engsten mit den Parlamentsdiensten und insbesondere mit deren Leitung, zusammenarbeitet. Das haben wir also bereits angepasst. Aus diesem Grund beantragt Ihnen das Büro eine punktweise Abstimmung, mit der Annahme als Postulat der Punkte 1, 2 und 4 und einer Ablehnung des Punkts 3. Eine Annahme als Motion des Ganzen ist ja nicht gefordert. Dies hätte dazu geführt, dass wir die Revision annehmen und bei der Direktionsreform allenfalls kurz darauf nochmals hinterher müssten.

Präsident. Wir kommen zu den Fraktionssprechern. Für die grüne Fraktion: Grossrat Grupp.

Christoph Grupp, Biel/Bienne (Grüne). Seitens der Grünen werden wir dem Antrag des Büros folgen. Wir haben diese Motion, respektive auch in Form eines Postulats, in der Fraktion besprochen und können ihr eben in Form eines Postulats zustimmen. Wenn wir dies tun, dann mehr aufgrund der Grundsatzüberlegung, dass Überprüfung und Änderung eines neuen Gesetzes grundsätzlich sinnvoll erscheinen. Wir sehen dort aber keine riesige Dringlichkeit. Es geht mehr darum, dass wir uns diesen Ideen nicht verschliessen wollen, wenn vielleicht andere Ideen und Abläufe, wie sie eben skizziert worden sind, überprüfenswert erscheinen.

Damit ist für uns auch klar, dass es primär um die Punkte 1, 2 und 4 geht und nicht um den Punkt 3. Bei Punkt 3 sind wir der Meinung, wir müssten nicht irgendwelche Spiegelfechtereien ausfechten oder einen Eiertanz vollführen. Die Sprecherin der SP sagte vor einem Jahr, bei der Wiederwahl des Generalsekretärs, dass sie mit dessen Arbeit nicht zufrieden sei, und kündigte die Motion deswegen bereits an. Diese liegt uns nun vor, respektive ein zur Annahme empfohlenes Postulat. Das heisst, dass es hier eigentlich um eine persönliche Sache geht. Wir sind nicht der Meinung, dass man dies mit einer systematischen Überprüfung kaschieren sollte. Entweder geht es um die Person oder es geht eben nicht um die Person. Deshalb lehnen wir die Überprüfung und deshalb das Postulat in Ziffer 3 ab. Dies, weil wir auch der Meinung sind, dass dies bereits durch Punkt 2 abgedeckt ist. In diesem wird nämlich explizit die Überprüfung der Fachkommissionen, der Kommissionssekretariate und auch des Generalsekretariats aufgeführt. Dem ist damit Rechnung getragen, und den Punkt 3 braucht es nicht noch gesondert. Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Anita Luginbühl-Bachmann, Krattigen (BDP). Im Grossen und Ganzen ist die BDP mit dem neuen Parlamentsrecht auch einverstanden, und es hat sich aus unserer Sicht sicher gut bewährt. Es gibt aber auch Details, bei denen wir jetzt, nach fünf Jahren, sehen, dass man sie durchaus überarbeiten könnte. Sicher würde es Sinn machen, die diversen, bereits an die Staatskanzlei herangetragenen Anliegen jetzt neu zu überprüfen und die Teilrevision bis zur nächsten Legislatur durchzuführen. Es wurden denn auch diverse Vorstösse eingereicht, welche in Zusammenhang mit dem Parlamentsrecht während dieser Session und auch in Zukunft behandelt werden.

Wir sind der Meinung, es ist jetzt der geeignete Zeitpunkt, um mit den Arbeiten zu starten. Erfahrungsgemäss wird das Parlament zu rund einem Drittel während oder nach einer Legislatur ausgewechselt. Grossrätinnen und Grossräte, die noch das alte System und die Gründe, weshalb das neue Parlamentsrecht so vorliegt wie heute kannten, werden unter Umständen noch mithelfen können, diese Teilrevision zum Teil noch mitzudiskutieren. So wird nach Möglichkeit auf die nächste Legislatur hin – so hoffen wir doch – eine Anpassung ins Auge gefasst werden. Wir hätten sogar Punkt 1 des Vorstosses als Motion unterstützt. Die weiteren Punkte werden wir aber gerne alle in Form des Postulats überweisen.

Die Diskussion in der Fraktion hat zum Beispiel in Zusammenhang mit Punkt 3 die Frage aufgeworfen, ob es richtig sei, dass der Präsident und der Vizepräsident der GPK die Standortgespräche führen und das Pflichtenheft des Generalsekretariats bei Bedarf anpassen. Und ob es nicht sogar sinnvoll wäre, wenn der Grossratspräsident oder die Grossratspräsidentin dies zusammen mit dem Vize machen würden. Denn diese Personen arbeiten während des Jahres eigentlich enger mit dem Generalsekretariat zusammen. Weiter ist für die Wahl des Staatschreibers zum Beispiel auch der Grosse Rat zuständig. Ist dies richtig? Müsste diese Wahl nicht eher durch den Regierungsrat erfolgen?

Denn er ist primär für den Regierungsrat zuständig. All diese Fragen haben wir uns in der Fraktion gestellt. Deshalb möchten wir diese Beispiele auch in die Revision einfließen lassen. Deshalb werden wir nun natürlich alle Punkte als Postulat unterstützen.

Barbara Stucki, Stettlen (glp). Auch die glp-Fraktion hat diese Motion eingehend diskutiert. Sie teilt die Meinung der Motionäre, dass in den vergangenen Jahren verschiedene Mängel oder Lücken im neuen Parlamentsrecht festgestellt wurden und dass man diese beheben sollte. Für die glp hat sich das neue Parlamentsrecht, und insbesondere das Kommissionensystem, im Grossen und Ganzen sehr gut bewährt. Deshalb folgen wir dem Antrag des Büros des Grossen Rats und stimmen den Punkten 1, 2 und 4 nur in der abgeschwächten Form eines Postulats zu. Dies unter dem Gesichtspunkt, dass sich mit der kommenden Direktionsreform vielleicht tatsächlich die Frage nach Anpassungen stellen wird. So kann dies gleich mit überprüft werden.

Punkt 3 lehnt die glp ab, weil die Unterstellung der Parlamentsdienste nachweislich geregelt ist und auch die Stellenbeschreibungen und Pflichtenhefte bestehen.

Christine Schnegg, Lyss (EVP). Seit 2014 arbeiten wir mit dem neuen Parlamentsrecht. Persönlich gehöre ich noch zu jener Generation von Grossrätinnen und Grossräten, die noch nach dem alten Recht gearbeitet hat. Ich glaube, dass alle, die noch nach dem alten Recht gearbeitet haben, sich einig sind, dass das neue Recht organisatorisch Vorteile gebracht hat, effizienter ist und erst noch Kosten spart. Die Fraktion EVP stellt aber auch fest, dass es gerade betreffend Kommissionsarbeit bereits diverse Unsicherheiten gegeben hat und dass auch die Redezeiten im Plenum infrage gestellt wurden. Im Grossen und Ganzen sind wir aber mit der neuen Arbeitsweise sehr zufrieden. Wir unterstützen deshalb die Antwort des Büros. Eine Revision ist nicht dringend nötig. Aber durch die geplante Direktionsreform kann es vielleicht Aufgabenverschiebungen geben, die auch Auswirkungen auf die Ratsarbeit haben und daher eine Teilrevision nötig machen werden. Dann wird es sicher wichtig sein, zu evaluieren und wieder hervorzuholen und sich in Erinnerung zu rufen, respektive irgendwo festgehalten zu haben, was überprüft werden sollte und was allenfalls einer Anpassung bedarf. Deshalb unterstützen wir in den Punkten 1, 2 und 4 die Antwort des Büros.

Betreffend Punkt 3 ist die Fraktion EVP mit dem Argument des Büros ebenfalls einverstanden. Rechte, Pflichten und Aufsicht des Generalsekretariats sind eigentlich gut geregelt. Wichtig ist aus unserer Sicht, dass sich Präsidium und Sekretariat immer wieder absprechen, wenn es um Aufgaben, gegenseitige Erwartungen und Vorstellungen bezüglich Arbeitseinteilung geht.

Zusammenfassend: Wir unterstützen diesen Vorstoss in den Punkten 1, 2 und 4 als Postulat, Punkt 3 lehnen wir ab.

Carlos Reinhard, Thun (FDP). Die FDP-Fraktion bedankt sich beim Büro für die Beantwortung dieser Motion oder eben jetzt dieses Postulats. Wir teilen die Auffassung oder die Feststellung, dass sich das neue Parlamentsrecht bewährt. Durch die Kommissionsstruktur werden auch die anstehenden Geschäfte besser vorbereitet. Wir begrüssen ebenfalls, dass wir als Grosser Rat als Organ ein eigenes Generalsekretariat haben. Theoretisch haben wir fachlich keinen Fehler gemacht, so, wie es gelaufen ist. Wir anerkennen aber auch, dass wir Strukturen optimieren können. Eigentlich freute ich mich, dass ein Motionär nach vorne getreten ist und gesagt hat, es sei eigentlich alles gesamtheitlich zu überprüfen. Auch wir sind dieser Auffassung. Wir lehnen Ziffer 3 des Postulat in Ziffer 3 aber auch ab. Denn damit wird bereits ein Punkt gewichtet. Deshalb empfehle ich Ihnen, und die FDP-Fraktion tut dies ebenfalls, die Punkte 1, 2 und 4 anzunehmen und den Punkt 3 auch als Postulat abzulehnen.

Markus Aebi, Hellsau (SVP). Ich musste diese Motion lange lesen, bis ich verstand, was die SP damit genau erreichen will. Im Jahr 2014 hatten wir ja diese Parlamentsrechtsrevision. Die SP votierte damals vehement für den Wechsel. Wir von der SVP waren in dieser Debatte eher zurückhaltend. Für uns ist dies nicht der Zeitpunkt, um über eine Teilrevision zu sprechen. Es stehen verschiedene Geschäfte an, etwa die Regierungsreform und so weiter, die eine solche Revision automatisch auslösen werden.

Zu den einzelnen Punkten: Die SVP-Fraktion lehnt auch ein Postulat ab, grossmehrheitlich in Punkt 1, in Punkt 2 ebenfalls und ebenfalls in Punkt 4. Punkt 3 möchte ich speziell erwähnen. Wir haben den Eindruck, es sei unprofessionell und zeuge ein bisschen von schlechtem Stil, hier im Parlament auf die Frage des Parlamentsgeneralsekretärs zu sprechen zu kommen. Denn die Unterstellungen sind wirklich nicht hier drinnen. Fertig!

Präsident. Noch für die SP-JUSO-PSA-Fraktion: Grossrat Graf.

Urs Graf, Interlaken (SP). Die SP-Fraktion ist weitgehend mit der Antwort des Büros einverstanden, ausser, wie es der Vertreter der Motionärin bereits gesagt hat, bezüglich Punkt 3. Hier ist die SP-Fraktion auch für eine Überprüfung. Es handelt sich immerhin um eine neu geschaffene Stelle. Einige Schnittstellen und Unterstellungen sind eben nicht völlig klar. Man kann sich nicht immer bloss mit einem Aide-mémoire behelfen. Die SP möchte doch ganz deutlich sagen: Es geht hier nicht um die Überprüfung einer Person, sondern es geht um die Überprüfung einer Funktion. Dort muss man genau gleich sorgfältig vorgehen wie in den anderen Fragen. Deshalb beantragen wir, Punkt 3 auch in Form eines Postulats zu überweisen. Danke.

Präsident. Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Wünscht der Vertreter der Motionärin nochmals das Wort? – Dies scheint nicht der Fall zu sein. Somit stimmen wir punktweise ab. Die Motion wurde in ein Postulat gewandelt. Habe ich dies richtig mitgekriegt? – Das ist der Fall.

Wer den Punkt 1 als Postulat überweisen will, stimmt Ja, wer dies ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Ziff. 1 als Postulat)

Vote (ch. 1 adoption sous forme de postulat)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 112

Nein / Non 39

Enthalten / Abstentions 1

Präsident. Sie haben den Punkt 1 angenommen, mit 112 Ja- gegen 39 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung.

Wer den Punkt 2 als Postulat überweisen kann, stimmt Ja, wer dies ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Ziff. 2 als Postulat)

Vote (ch. 2 adoption sous forme de postulat)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 109

Nein / Non 40

Enthalten / Abstentions 2

Präsident. Sie haben den Punkt 2 als Postulat überweisen, mit 109 Ja- gegen 40 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen.

Wer den Punkt 3 als Postulat überweisen will, stimmt Ja, wer dies ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Ziff. 3 als Postulat)

Vote (ch. 3 adoption sous forme de postulat)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui 61

Nein / Non 90

Enthalten / Abstentions 1

Präsident. Sie haben den Punkt 3 als Postulat abgelehnt, mit 90 Nein- gegen 61 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung.

Wer den Punkt 4 als Postulat überweisen will, stimmt Ja, wer dies ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Ziff. 4 als Postulat)

Vote (ch. 4 adoption sous forme de postulat)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 107

Nein / Non 40

Enthalten / Abstentions 3

Präsident. Sie haben den Punkt 4 als Postulat angenommen, mit 107 Ja- gegen 40 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen.